

# **Die Schweizer Luftfahrtbranche ist wegen der Corona-Krise existenziell bedroht – bürgerliche Politiker torpedieren nun die Flugticketabgabe**

Die Fluggesellschaft Swiss kann nur mit staatlicher Hilfe überleben. Eine Gruppe von Parlamentariern aus FDP, CVP und SVP fordert, das Fliegen erst dann zu verteuern, wenn die Industrie sich erholt hat.

David Vonplon 23.04.2020

## **Die Luftfahrtindustrie ist am Boden – nun hofft sie, dass die geplante Flugticketabgabe sistiert wird, solange die Krise anhält.**

Der internationale Luftverkehr ist in den letzten Wochen fast ganz zum Erliegen gekommen. Um der gebeutelten Branche das Überleben zu sichern, hat sich der Bundesrat bereit erklärt, Überbrückungskredite mit staatlicher Garantie auszurichten – und damit insbesondere die Fluggesellschaft Swiss vor dem Aus zu retten. Auch wenn die Landesregierung erst Ende April sagen will, wie die Unterstützung im Detail aussieht, ist schon jetzt klar: Es dürfte um Darlehen in Milliardenhöhe gehen. Nur so kann die vom Bundesrat als systemrelevant eingestufte Luftfahrtbranche mit ihren 190 000 Arbeitsplätzen gerettet werden.

Eine Gruppe von bürgerlichen Politikern, unter ihnen Ständerat Thierry Burkart (fdp.) und die Nationalräte Kurt Fluri (fdp.) und Thomas Hurter (svp.) sowie der designierte Gewerbeverbandspräsident Fabio Regazzi (cvp.), wird nun wegen der geplanten Milliardenhilfe des Bundes aktiv. Sie fordert, dass die Einführung der Flugticketabgabe auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird.

Der Bund spreche einerseits finanzielle Mittel, um die Luftfahrtindustrie zum Fliegen zu bringen, kritisiert Burkart. Andererseits solle eine neue Abgabe eingeführt werden mit dem Ziel, dass weniger geflogen werde. Das sei widersinnig. «Der Gesetzgeber sollte festlegen, dass die Flugticketabgabe erst dann erhoben wird, wenn sich die Industrie einigermaßen erholt hat und wieder einen signifikanteren Anteil am CO<sub>2</sub>-Ausstoss produziert», sagt der Aargauer Ständerat.

## **Swiss hofft auf Aufschub**

Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz, das sich im Parlament auf der Zielgeraden befindet, enthält eine Flugticketabgabe, die je nach Flugdistanz zwischen 30 und 120 Franken betragen und laut Bundesrat pro Jahr eine Milliarde Franken einbringen soll. Die Parlamentariergruppe will in der Sommersession den Antrag stellen, dass die Flugticketabgabe erst dann in Kraft tritt, wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Luftverkehrs in der Schweiz 90 Prozent der Emissionen des Jahres 2019 übersteigen.

SVP-Nationalrat Thomas Hurter, Präsident des Luftfahrtverbands Aerosuisse, gehörte bis anhin zum Lager jener Kräfte, welche die Flugticketabgabe resolut bekämpften. Mit einer zeitlich verzögerten Einführung könnte er – und mit ihm die Branche – nun leben. «Die Luftfahrt ist bereit, mit einer Flugticketabgabe einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten», sagt der Linienpilot. Zuerst müsse sich die Branche aber wieder erholen. Es könne nicht sein, dass die Luftfahrt mit Überbrückungskrediten am Leben erhalten werde, zugleich aber deren Wettbewerbsfähigkeit mit der Abgabe beeinträchtigt werde.

Auch die Lufthansa-Tochter Swiss äussert sich positiv zum Vorschlag. «Vorstösse, die versuchen, den Schweizer Fluggesellschaften durch die mehr als anspruchsvolle Aufbauphase nach der Krise zu helfen, sind mehr als willkommen», sagt Sprecherin Sonja Ptassek. Die Wiederaufnahme des Luftverkehrs werde viel Zeit beanspruchen, und es werde keineswegs einfach sein, wieder wirtschaftlich zu operieren. Sämtliche nationalen Abgaben und Gebühren, welche den Fluggesellschaften Mittel entziehen würden, unterminierten die Anstrengungen der Airlines und das finanzielle Engagement des Bundes.

Linke und grüne Parteien sehen sich derweil bereits in ihrer Befürchtung bestätigt, dass die Corona-Pandemie als Vorwand missbraucht wird, um den Umwelt- und Klimaschutz abzubauen. «Wir lehnen diesen Vorschlag ab», sagt SP-Nationalrat Beat Jans. Er unterstellt der bürgerlichen Parlamentariergruppe die Absicht, die Einführung der Flugticketabgabe auf Jahre hinaus verhindern zu wollen. Ziel müsse sein, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoss gar nicht mehr auf das frühere Niveau ansteige – und auch nicht auf die im Vorschlag genannten 90 Prozent. Zumal sich in den letzten Wochen gezeigt habe, dass es Alternativen zum exzessiven Flugverkehr der vergangenen Jahre gebe.

Bei den Grünen herrscht derweil die Überzeugung vor, dass die Flugbetriebe gerade wegen der staatlichen Finanzhilfe mehr für den Klimaschutz unternehmen müssen. «Die Airlines sollten nun Verantwortung übernehmen», sagt Nationalrat Bastien Girod. Da die Flugticketabgabe in den neuen Klimafonds fliesse, würden damit neue Investitionen angeschoben, um den Flugverkehr zukunftsfähiger zu gestalten. Das sichere Arbeitsplätze.

## **Gössi gegen Aufweichung**

Auch die bürgerlichen Parteien nehmen die vorgeschlagene Aufweichung der Flugticketabgabe eher reserviert auf. Das gilt namentlich für die FDP. Parteichefin Petra Gössi hat ihre Partei gegen innere Widerstände auf eine ökologischere Linie eingeschworen. Nun macht sie keine Anstalten, von diesem Weg abzuweichen, auch wenn der Vorschlag von einem Exponenten der eigenen Partei stammt. «Die FDP steht weiterhin für eine rasche Verabschiedung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes – Flugticketabgabe inklusive», sagt Gössi – und warnt vor einer Vermischung mit den kurzfristigen Corona-Massnahmen. In Stein gemeisselt ist die Parteihaltung aber noch nicht: Die FDP will den Vorschlag vor der Session im Juni in der Fraktion diskutieren.

Etwas mehr Wohlwollen zeigt CVP-Nationalrat Martin Candinas. Er erachtet es zwar als falsch, die Corona-Krise als Vorwand zu nehmen, um nun das CO<sub>2</sub>-Gesetz zu verwässern. Man könne aber über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Flugticketabgabe diskutieren. Ziel müsse bleiben, die Aviatik umweltfreundlicher zu machen und Kurzflüge durch Zugreisen zu ersetzen.

Auch bei der SVP müssen Burkart und seine Mitstreiter noch Überzeugungsarbeit leisten. Parteichef Röstli betont, dass die Erhebung einer Flugticketabgabe in der jetzigen Situation «absurd» wäre. Röstli will allerdings keinem Kompromissvorschlag zustimmen – man lehne zusätzliche Abgaben grundsätzlich ab. Zeichnet sich ab, dass der Vorschlag von Parteikollege Hurter im Nationalrat mehrheitsfähig ist, könnte sich diese Haltung jedoch noch ändern.